

**Rede von Oberbürgermeister Frank Klingebiel anlässlich
der Einbringung des Doppelhaushaltes 2025/2026 am
03.09.2024 in den Rat der Stadt Salzgitter**

Sehr geehrter Ratsvorsitzender Letter, lieber Michael,
liebe Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren,

ich lege Ihnen meinen Haushaltsentwurf für die Haushaltsjahre
2025 und 2026 einschließlich der Festsetzungen für die
Eigenbetriebe entsprechend der jeweiligen Wirtschaftspläne und
den Amtlichen Stellenplan der Jahre 2025 und 2026 vor.

Wie der Vorgänger-Doppelhaushalt 2023/2024 auch ist der
Ihnen zur Beratung vorgelegte Doppelhaushalt 2025/2026
erheblich geprägt durch

1. die Folgewirkungen der vergangenen und aktuellen
globalen Krisen: Flüchtlingskrise 2015 - 2016, Corona-Krise

2020 - 2022, seit 24.02.2022 russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine mit einer hohen Zahl an in Deutschland Schutzsuchenden Ukrainerinnen und Ukrainern, Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 und seit 27.10.2023 israelische Bodenoffensive gegen die Hamas im Gazastreifen mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und jüdischen Anfeindungen auch in Deutschland. 10 Jahre Dauer-Krisen-Modus hinterlassen auch im städtischen Doppelhaushalt 2025/2026 seine Spuren.

2. Er ist erheblich geprägt durch: die Zuweisung immer mehr, neuer staatlicher Pflichtaufgaben und die Begründung weitreichender neuer Rechtsansprüche für die Bürgerschaft, die die kommunale Selbstverwaltung regelrecht im Keim ersticken, d.h., wir haben immer mehr von Bund und Land vorgegebener und gesetzlich geregelter Aufgaben zu erfüllen (z.B. Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, höhere Einbürgerungszahlen durch geänderte rechtliche Regelungen), ohne dass wir die zur Erfüllung erforderlichen Finanzmittel, das benötigte zusätzliche Personal und die notwendige „Beinfreiheit“

(Stichwort: Bürokratieabbau) bekommen. Mindestens 10 Jahre strukturelle Unterfinanzierung bei der Übertragung und Erfüllung neuer staatlicher Pflichtaufgaben hinterlassen im städtischen Doppelhaushalt 2025/2026 erhebliche Spuren.

3. Er ist erheblich geprägt durch: die Auswirkungen der in Salzgitter bei unseren 5 großen Industriebetrieben bereits laufenden industriellen Transformation zu klimaneutralen Produktionsprozessen auf unsere Gewerbesteuereinnahmen.
4. Er ist erheblich geprägt durch: zwingend notwendige Investitionen in Kitas, Schulen und Feuerwehr.

Wenn man den Doppelhaushalt 2025/2026 kurz und knapp mit den zwei Seiten einer Geldmünze beschreiben sollte, dann steht auf der Vorderseite „Notwendige Transformation der Industriebetriebe mit SalzGiga von VW und Salcos von der Salzgitter AG“ und auf der Rückseite „Sicherstellung der Daseinsvorsorge, Verhinderung von Neiddebatten und Sicherstellung des sozialen Friedens“.

Und da ist es ein schwacher Trost, dass es allen kreisfreien und großen selbständigen Städten in Niedersachsen so geht. EU, Bund und Land Niedersachsen sind hier gefordert, nein, sogar in der Verpflichtung, unverzüglich eine auskömmliche, dauerhaft tragende kommunale Finanzausstattung für alle Kommunen herzustellen, um einerseits das Wegrutschen der kommunalen Ebene in die Schuldenfalle zu vermeiden, und andererseits den sozialen Frieden in unseren Städten und Gemeinden zu sichern und gleiche Lebensverhältnisse – wie es unser Grundgesetz vorsieht – in allen Teilen Deutschlands sicherzustellen.

Mit diesen klaren Worten möchte ich eingangs unmissverständlich verdeutlichen, dass wir in Salzgitter, aber auch in der kommunalen Familie vor einem Scheideweg stehen, den EU, Bund und Land Niedersachsen heraufbeschworen haben und den wir nur mit deren massiven finanziellen Hilfe werden meistern können. Das entbindet uns natürlich nicht von unseren eigenen Anstrengungen, aber ich sage das hier und heute - wie auch schon bei der Einbringung des

Doppelhaushaltes 2023/2024 - deutlich: Wir in Salzgitter sind am Konsolidierungslimit angekommen! Ein „Kaputtsparen“ der Stadtgesellschaft wird es mit mir nicht geben! Trotz aller eigenen Einsparungsbemühungen können die explosionsartigen Kostensteigerungen nicht abgefangen werden. So ist es beispielsweise zwingend nötig, anstehende und bereits begonnene Bauprojekte im Schul- und Kita-Bereich aus dem Strukturhilfeprogramm für die Stadt Salzgitter fortzuführen. Die Umsetzung dieser Investitionsmaßnahmen ist für den Erhalt einer funktionierenden Infrastruktur, eines lebenswertes Stadtklimas und vor allem des sozialen Friedens in Salzgitter wohl gerade angesichts der historischen Krisen wichtiger denn je.

Oder theatralischer und damit einprägsamer formuliert:

„Sein oder nicht sein, das ist hier die Frage!“

Keine Angst! Ich werde hier und heute nicht Hamlet von Williams Shakespeare rezitieren, auch wenn in unser von Social Media

geprägten Informationswelt ein Blick zurück zu unseren Dichtern und Denkern sicher nicht schaden würde.

Ich zitiere diesen Ausspruch aus dem Monolog von Hamlet, weil er die dramatische Situation und die Rahmenbedingungen, die für unsere Stadt Salzgitter von existenzieller Bedeutung sind, zutreffend beschreibt.

„Kommunale Selbstverwaltung, sein oder nicht sein, das ist hier die Frage!“

„Lebendige und tolerante Stadtgesellschaft, sein oder nicht sein, das ist hier die Frage!“

Für die Stadt Salzgitter waren die letzten 10 Jahre Krisenbewältigung prägend und werden die nächsten 2 Jahre Schicksalsjahre sein, in denen sich vor Ort beweisen wird, ob unser Staat und damit auch unsere Stadt Salzgitter weiter handlungsfähig bleiben wird, ob die Menschen weiter Vertrauen in unser demokratisches Staatssystem haben werden und ob

der soziale Frieden in unserer Stadtgesellschaft weiter Bestand haben wird.

Für mich gibt es eine einfache Faustformel: „Geht es unseren Kommunen gut, geht es automatisch auch Bund und Land gut!“

Und hier sind wir trotz eindringlicher Mahnungen und Warnungen der Kommunalen Spitzenverbände in den letzten Jahren deutlich in Schieflage geraten.

Die Verwerfungen, die inzwischen bei der Aufgabenerfüllung und Finanzierung der politischen Versprechungen von Bund und Land in den Kommunen und den Kommunalverwaltungen auftreten, sind einfach zu groß und aus kommunaler Sicht nicht mehr hinnehmbar. Der seit ewigen Zeiten stereotype Hinweis auf das Finanzierungssaldo zwischen Land und Kommunen ist überholt.

Die Städte und Gemeinden sind personell wie finanziell aufgrund immer neuer Staatsaufgaben am Ende ihrer Leistungsfähigkeit

angelangt; die Räte können kaum noch gestalten, sondern müssen Mangel verwalten, die Stadtgesellschaften stehen vor ihrer Überforderung!

Um es drastisch für Salzgitter zu formulieren:

-unserer städtischer Haushalt schmiert fremdverschuldet schnell und dramatisch ab, weil wir strukturell chronisch unterfinanziert sind,

-unser städtisches Personal ist nach 10 Jahren Krisenmodus und dauerhafter Unterbesetzung infolge des Arbeitskräftemangels vor dem Ausbrennen,

-lange Schlangen vor unseren Bürgercentern, unserer Wohngeldstelle und unserer Ausländerbehörde,

-Oberbürgermeister und Rat müssen bald entscheiden, welche Pflichtaufgaben überhaupt noch vor Ort mit welchem Standart wahrgenommen werden sollen und

-der soziale Frieden in unserer Stadtgesellschaft bröckelt.

Das alles ist nach 10 Jahren des Mahnens und Warnens gegenüber Bund und Land Niedersachsen kein

Schreckensszenario in ferner Zukunft, sondern bittere Realität.

Konkret bedeutet das für die Stadt Salzgitter:

Der Einbringungshaushalt 2025 schließt im Ergebnishaushalt der Kernverwaltung mit einem Fehlbedarf i. H. v. 45.399 T€ ab. Gegenüber dem Wert der mittelfristigen Planung des Doppelhaushaltes 2023/2024, der in seiner Finanzplanung für das Planjahr 2025 noch von einem Planfehlbedarf i. H. v. 66.364 T€ ausging, liegt damit zwar eine Verbesserung von 20.965 T€ vor, aber es verbleibt dennoch ein Defizit in zweistelliger Millionenhöhe.

Auch der Planfehlbedarf für 2026 verbessert sich gegenüber der Finanzplanung aus dem Doppelhaushalt 2023/2024 von 48.617 T€ auf 45.263 T€ um 3.354 T€, aber auch in 2026 verbleibt ein Defizit in zweistelliger Millionenhöhe.

Mittelfristig wird auch erstmals bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2029 kein Haushaltsausgleich erzielt, jedoch auch keine deutlich weitergehende Verschlechterung prognostiziert; es würde aus heutiger Sicht ein Gesamtplanfehlbedarf bis zum Haushaltsjahr 2029 von 200.047

T€ entstehen. Diese Beträge gelten ausdrücklich bereits unter Ausschöpfung aller Konsolidierungspotenziale und Einbeziehung der neu ermittelten Einzelmaßnahmen des neu erstellten Haushaltssicherungskonzeptes sowie der Pauschalsperre von zwei Prozent. Es ist insofern festzustellen, dass die Haushaltssicherungsziele nicht eingehalten werden können, weitere Haushaltskonsolidierung aber aus eigener Kraft nicht darstellbar ist. Zu hoch sind die nicht disponiblen Aufwendungen, zu schwer wiegen Soziallasten und notwendige Personalaufstockungen für staatlich übertragene Aufgaben. Selbst unter der in Salzburg etablierten Herausrechnung der Flüchtlingskosten – für kurzfristige Unterbringung genauso wie für langfristige Integration – lässt sich kein Überschuss darstellen oder ein Haushaltsausgleich erreichen. Das Gesamtplanungsdefizit reduziert sich durch die Herausrechnung bis zum Haushaltsjahr 2029 lediglich auf 100.604 T€. Die Stadt Salzburg ist durch immer mehr Übertragung staatlicher Aufgaben ohne vollständige Kostenerstattung dauerhaft strukturell unterfinanziert. Quo vadis „Kommunale Selbstverwaltung?“ Auf weitere Herausrechnungen

krisenbedingter Ausgaben wird hier daher verzichtet, da das Haushaltsdefizit für sich betrachtet verdeutlicht, dass die vielfältigen Krisenlagen und übergestülpten Anforderungen – ohne nennenswerte Erholungs- oder Gewöhnungszeiträume – langfristige Belastungen für den kommunalen Haushalt bedeuten. Die Forderung nach einer direkten finanziellen Entlastung durch Land und Bund für von ihnen übertragene Aufgaben im Rahmen der Krisenbewältigung bleibt bestehen. Es genügt nicht, krisengemachte Fehlbeträge gesondert in der Kommunalbilanz auszuweisen oder in einzelnen Jahren Ausgleichszahlungen zu leisten. Nur die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips durch Ausgleich der auferlegten Kostenbelastungen kann Kommunen wie Salzgitter von schier aussichtslosen Konsolidierungsverpflichtungen befreien und Kapazitäten zur kommunalen Selbstverwaltung im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger freimachen.

Im Vergleich zur alten mittelfristigen Finanzplanung des Doppelhaushaltes 2023/24 kann die Verschuldung im investiven Bereich vermindert werden - insbesondere die beiden aktuellen Planjahre werden durch zeitliche Verlagerung aufgrund von

überarbeiteten Realisierungsplänen entlastet; in 2025 statt 26.504 T€ nur noch 16.910 T€ und in 2026 statt 4.492 T€ nur noch 3.497 T€. Dennoch entsteht über den gesamten Planungszeitraum bis 2029 eine Gesamttoneuverschuldung im investiven Bereich von 44.253 T€.

Liebe Ratsmitglieder,

doch was heißt diese äußerst dramatische Finanzentwicklung für die Bürgerschaft, die Vereine, Verbände und Institutionen und auch die Unternehmen in unserer Stadt?

Die guten Nachrichten:

1) Ich habe keine Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen vorgesehen, die ja unstrittig der Kitt sind, der gerade unsere Stadtgesellschaft zusammenhält und das Leben in Salzgitter lebenswert macht. Die freiwilligen Zuschüsse an die Sozialverbände, Gesundheitseinrichtungen, die Kulturschaffenden und Sportvereine bleiben erhalten. Hier leisten wir uns keinen Luxus, sondern halten für die

Stadtgesellschaft lebenswichtige ehrenamtliche Strukturen aufrecht.

2) Ich habe auch keine Kürzungen beim Personal vorgesehen. Wie Sie alle wissen, sind bereits in vielen Bereichen der Stadtverwaltung Stellen unbesetzt, weil es einen Fachkräftemangel in Deutschland gibt. Das betrifft insbesondere die Bereiche der Ingenieure, Techniker, Sozialarbeiter, Berufsfeuerwehrkräfte, Rettungssanitäter, aber auch Verwaltungskräfte. Hier den Rotstift anzusetzen, würde die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerledigung in Frage stellen. Nichts desto trotz, werden im Falle einer erfolgreichen Aufgabenkritik Stellen auch gestrichen oder nicht eingerichtet. Zu Deutsch: da, wo wir uns von Aufgaben trennen, werden auch die nicht mehr benötigten Stellen gestrichen. Und wir müssen genau hinschauen und entscheiden, ob die kommunalpolitisch wünschenswerte Übernahme zusätzlicher Aufgaben mit Blick auf die äußerst dramatische Haushaltslage wirklich zu rechtfertigen ist. Den zwingend notwendigen Stellenbedarf stelle ich selbstverständlich zur Verfügung.

3) Ich habe auch nicht den Verkauf des „Tafelsilbers“ vorgeschlagen. Wir besitzen noch 49,78 % Anteile an der WEVG Salzgitter GmbH & CO. KG, 5,1 % Anteile an dem Helios Klinikum Salzgitter GmbH, 39,35 % Anteile an der Wohnungsbaugesellschaft mbH Salzgitter und 0,39 % Anteil an der Avacon AG. Zum einen würden wir auf die jährliche Gewinnausschüttungen verzichten. Zum anderen besteht die Gefahr, dass kommunale Steuerungsmöglichkeiten in lebenswichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge verloren gehen könnten.

4) Ich habe nach der Erhöhung der Realsteuerhebesätze (Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer) zum 01.01.2019 auch keine weitere Erhöhung vorgesehen, weil zum einen die Bürgerschaft, die für die äußerst dramatische Finanzentwicklung des städtischen Haushaltes ursächlichen Rahmenbedingungen nicht zu vertreten hat, und zum anderen ich die industrielle Transformation nicht gefährden möchte.

Stattdessen wurden bei der Planung des Doppelhaushaltes 2025/2026 die verwaltungsinternen Vorgaben verschärft. So

wurde im Unterschied zu den letzten Planungen nicht länger ein Wiederholungshaushalt angenommen, sondern eine strikte Orientierung an den Rechnungsergebnissen der letzten drei Jahre vorgegeben. Dies hat dazu geführt, dass ein Doppelhaushalt 2025/2026 eingebracht werden kann, der im Ertragshaushalt unterhalb der bisherigen mittelfristigen Planung des Doppelhaushaltes 2023/2024 liegt, allerdings bei einem weiterhin negativen Ergebnis, und der im Finanzhaushalt die investive Verschuldung durch Maßnahmenstreckungen verringert.

Fazit:

Wir vor Ort haben keine Zeit mehr, um über notwendige Erleichterungen und Unterstützungen mit Bund und Land zu reden. Die Erleichterungen und Unterstützungen müssen jetzt bei uns ankommen!

Bund und Land haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem, das wir dringend beheben müssen!

Frei nach dem Schriftsteller und Sozialpolitiker Ferdinand Lassalle: „Das Umsetzen beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist!“

Wir müssen den Menschen reinen Wein einschenken und sagen, was geht und was nicht geht. Wir dürfen keine Erwartungen wecken, die wir nicht erfüllen können. Bund, Länder und Kommunen müssen sich auf ein Memorandum bei der politischen Wunschliste verständigen, das die Kommunen auch sachgerecht und zeitnah erfüllen können und ihnen die dafür erforderlichen Ressourcen dauerhaft zur Verfügung stellen, nicht nur als Anschubfinanzierung! Deswegen bin unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil für seine klaren Botschaften im September letzten Jahres Richtung Bundesregierung in Sachen „Europäische Flüchtlingspolitik“ sehr dankbar. Leider ducken sich Bundesregierung und Bundestag in den so wichtigen Fragen der europäischen Steuerung und der auskömmlichen Finanzierung weg.

Wir haben seit gut 2 Jahren eine Europäische Lösung zur Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen und Vertriebenen und eine vollständige Erstattung der Kosten für Unterbringung, Betreuung und Integration vom Bund vehement eingefordert. Passiert ist bisher konkret nichts.

Dies hat natürlich – wie wir alle feststellen - Auswirkungen auf die Stimmung im Lande.

Zur Stimmung im Land gab es bereits im Juni/Juli 2023 eine aus meiner Sicht sehr beachtenswerte, repräsentative Umfrage von policy matters im Auftrag der Körber-Stiftung mit dem Titel „Demokratie in der Krise“.

Laut Umfrage haben demokratische Werte wie Freiheit, Gleichheit, Meinungsfreiheit und faire Wahlen nach wie vor eine überragend hohe Bedeutung. Es zeigt sich aber ein deutlicher Rückgang von Vertrauen in den Staat und seine Institutionen: Mehr als 50% der Befragten hat ein weniger großes oder geringes Vertrauen in die Demokratie. Und 50 % der Befragten

glauben nicht, dass Deutschland für die großen Transformationsaufgaben unserer Zeit gewappnet ist.

Interessant ist schließlich die Einschätzung der Befragten zu social Media: 80% der Befragten sind der Auffassung, dass Hetze und Gewalt durch die sozialen Medien gefördert werden. 2/3 der Befragten sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch soziale Medien immer mehr bedroht.

Und die Stimmung bei den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden?

Es brodelt auch auf kommunaler Ebene.

Im September 2023 hat der Nds. Städtetag eine Umfrage in der Mitgliedschaft zur Lage in den Kommunen durchgeführt – ohne Umfrageinstitut und ohne wissenschaftlichen Anspruch, aber mit folgenden Ergebnissen:

Die Aussage „Der Ton innerhalb der Gesellschaft wird rauer, polemischer und emotionaler“ bekommt 90 Prozent Zustimmung.

Die Bereitschaft der Bürgerschaft, eigene Ansprüche zurückzustellen oder negative Bescheide zu akzeptieren, ist teilweise nicht mehr vorhanden. Problematisch ist auch, dass die Informationen zunehmend unreflektiert über soziale Medien aufgenommen werden. Das führt zu einer immer stärkeren Polarisierung in der Stadtgesellschaft.

Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten erhalten Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen – mit zunehmender Tendenz. Nur die wenigsten Amtskolleginnen und Amtskollegen erhalten solche Botschaften nicht. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergeht es zunehmend genauso. Auch vor den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern machen diese Hasstiraden gerade in Sozialen Medien keinen Halt.

Unsere Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten machen sich nahezu alle Sorgen um den gesellschaftlichen

Zusammenhalt und um unsere lokale Demokratie – gerade auch in Bezug auf das Interesse und die Mitarbeit in der Kommunalpolitik.

Liebe Ratsmitglieder,

von der Stimmung zur Lage in den Kommunen: Wie sieht es aktuell aus bei den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden?

Auch hierzu hat der Nds. Städtetag Umfragen durchgeführt: zur finanziellen sowie zur organisatorischen und personellen Lage. Die Ergebnisse sind leider gleichermaßen ernüchternd wie erschütternd:

Die Planungen für die kommunalen Haushalte 2024 bis 2029 beschreiben ein düsteres Bild: von 47 Rückmeldungen erwarten nur zwei Kommunen ein positives Ergebnis, alle anderen 45 Kommunen erwarten Fehlbedarfe in Millionenhöhe - 31 im einstelligen Millionenbereich, 11 im zweistelligen

Millionenbereich und 3 sogar im dreistelligen Millionenbereich, Tendenz in der Finanzplanung steigend.

Wir werden von der Kommunalaufsicht im Innenministerium und in den Landkreisen aktuell gedrängt, in unseren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden über Haushaltssicherungskonzepte und Steuererhöhungen, insb. bei der Grundsteuer, politisch nachzudenken, obwohl Bund und Land diese desaströse Finanzentwicklung verursacht haben. Bund und Land erdrücken die Kommunen mit immer mehr staatlichen Aufgaben und Rechtsansprüche der Bürgerschaft, ohne eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

Das geht gar nicht! Damit muss jetzt Schluss sein!

Deshalb fordere ich,

- 1) dass ein gemeinsames Entschuldungsprogramm des Bundes und des Landes aufgelegt wird, um unseren

verfassungsgemäßen Auftrag der gleichwertigen Lebensbedingungen in Deutschland auch umsetzen zu können,

- 2) dass eine Veränderung der Finanzierungsbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen erfolgt mit dem Ziel, auf kommunaler Ebene eine dauerhafte und auskömmliche Finanzausstattung sicherstellen zu können. Die seit Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen und die bloße Anschubfinanzierung für politische Wohltaten des Bundes und des Landes müssen beseitigt werden.
- 3) dass Bund und Land den Kommunen keine neuen Aufgaben mehr übertragen dürfen und können, wenn diese nicht dauerhaft auskömmlich finanziert werden und diese neuen Aufgaben organisatorisch und personell nicht in den Kommunen abgebildet werden können.
- 4) dass das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird. Ein „Aus der Verantwortung stehlen“, wie es Bund und Land aktuell bei der Finanzierung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung machen, darf es für Bund und Land

nicht mehr geben und auch nicht geben können. Statt den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den Schulgesetzen der Länder zu verankern, ist er im Kinder- und Jugendhilferecht des Bundes festgeschrieben worden mit der Folge, dass keine Konnexität vorliegen soll. An sich ein Skandal, den ich seinerzeit auch schon angeprangert habe.

- 5) dass die seit 2007 unveränderte Steuerverbundquote von derzeit 15,5 % mindestens um 2 % - Punkte erhöht wird,
- 6) dass die kleinteilige „Förderitis“ aufgehoben wird und diese Fördermittel in eine gesonderte, pauschalierte und schlüsselmäßige Mittelverteilung ggf. mit politischer Zielvorgabe des Bundes und des Landes oder in den KFA überführt werden – hier sehe ich unseren Ministerpräsidenten Stephan Weil an meiner Seite - und
- 7) dass die Kommunalaufsicht uns im Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht gängelt, sondern uns „Beinfreiheit“ bei der Erfüllung unserer wahnsinnigen Aufgabenlast gibt. Zum einen ist der Haushaltskonsolidierungserlass in diesen Krisenzeiten

nicht mehr zeitgemäß und muss vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, zum anderen müssen die Vorgaben zum Konzernkredit in praxisgerechter Weise im NKomVG verstetigt werden.

Und die personelle und organisatorische Lage bei den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden? Wie steht es aktuell um die Verwaltungskraft und Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden?

Wir haben immer weniger Personal. Die Gewerkschaften sprechen von einem „Personalkollaps“ im öffentlichen Dienst. Bis 2030 gehen etwa 1,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. Schon heute beklagen einige Städte, dass 7 bis 9 Prozent ihrer Stellen derzeit nicht besetzt sind. In unserer Stadt Salzgitter sind bei rd. 1.800 Bediensteten dauerhaft ca. 100 Stellen nicht besetzt. Perspektive: mit Blick auf den Arbeitskräftemangel eher düster! Die Verwaltungskraft und Leistungsfähigkeit unserer Kommunalverwaltungen droht zu

kippen! Schon allein deshalb verbieten sich weitere Aufgabenzuweisungen an die Kommunen.

Liebe Ratsmitglieder,

vor diesem Hintergrund machen sich viele Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamte gemeinsam mit mir aktuell große Sorgen.

Wie soll es weitergehen? Bis jetzt waren sie vorwiegend mit Krisenmanagement wie z.B, bei der Coronalage, bei der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Staaten oder bei der Energiekrise beschäftigt. Daneben wird ein „Füllhorn“ an neuen staatlichen Aufgaben über ihnen ausgekippt: Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter, kommunale Wärmeplanung und kommunale Klimaschutzkonzepte, mehr Zivilschutz oder Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes.

Wie soll das alles erledigt werden? Und welches Personal soll es machen?

Und was ist mit den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft? Was ist mit Sport oder Kultur?

Diese Themen laufen nach meiner Einschätzung als freiwillige Aufgaben vielerorts „so mit“. Sie stehen beim Haushaltssicherungskonzept natürlich ganz oben auf der Streichliste der Kommunalaufsicht. Daher wird es für die Kommunalpolitik zunehmend unmöglich, eigene Gestaltungsspielräume auszufüllen; jedenfalls werden die Spielräume immer kleiner und enger. Viele HVB's und Ratsmitglieder machen sich zu Recht Sorgen um den Zusammenhalt in ihren örtlichen Gemeinschaften und um reine Mangelverwaltung.

Warum ziehe ich hier und heute Vergleiche zu anderen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden? Weil sie sich in dem gleichen

von EU, Bund und Land Niedersachsen verursachten Dilemma
befinden wie wir!

Liebe Ratsmitglieder,

was ist Grund für diese Stimmung und diese Lage in unserem
Land? Aus meiner Sicht ist es der überforderte Staat. Ein Staat,
der sich zunächst einmal selbst überfordert und zusätzlich durch
die aktuelle weltpolitische Lage überfordert wird.

An der weltpolitischen Krisenlage können Bund und Land
Niedersachsen wenig ändern, an der Selbstüberforderung aber
schon!

Wir alle müssen jetzt vor Ort in den Städten, Gemeinden und
Samtgemeinden zeigen, dass der Staat funktioniert!

Das wollen wir! Und das können wir!

Dazu brauchen wir vor Ort aber zwingend drei Dinge: eine auskömmliche Finanzausstattung, ausreichend Personal und „Beinfreiheit“ bei der Aufgabenerledigung.

Liebe Ratsmitglieder,

meinen Humor habe ich nicht verloren. Und deswegen schließe ich auch heute mit Monty Python:

„Always look on the bright side of life!“

Vielen Dank und jetzt wird unser Erster Stadtrat Eric Neiseke noch die konkreten Haushaltszahlen präsentieren!